

STRATEGIEN FÜR BESSERE SCHULE IN BERLIN

BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
SAMSTAG, 23. APRIL 2016

The logo of the Christian Democratic Union (CDU) in Germany, consisting of the letters 'CDU' in a bold, red, sans-serif font.

FRAKTION
BERLIN

1 STRATEGIEN FÜR BESSERE SCHULE IN BERLIN

2 Weichenstellungen in der Bildungspolitik sind für 422.230 (Schuljahr 2015/16) Schüler und
3 ihre Familien und für 30.940 (Schuljahr 2015/16) Lehrer in Berlin von hoher persönlicher
4 Bedeutung: Auch wenn heute lebenslanges Lernen postuliert wird, so entscheidet doch oft
5 die in der Schulzeit vermittelte Bildung und die Qualität der Abschlüsse über Zukunfts-
6 chancen in der globalisierten Welt. Sind Schulen nicht gut aufgestellt, so werden die Zu-
7 kunftschancen Einzelner verspielt, aber auch die der Stadt, denn die Ausgestaltung und
8 Leistungsfähigkeit der Bildungslandschaft stellt einen wichtigen Standortfaktor dar.

9 **Bestandsaufnahme:**

10 Die aktuelle Ausgangslage ist durch eine lange Kontinuität in der bildungspolitischen Ver-
11 antwortung – seit 20 Jahren wird das Bildungsressort von der SPD geführt – gekennzeich-
12 net und durch eine Kontinuität äußerst schlechten Abschneidens bei Bildungsergebnisver-
13 gleichen sowie bei bildungspolitischen Kerndaten trotz einer Vielzahl von Reformen. Nach
14 zehn Jahren rot-roter Koalition ist die CDU 2011 wieder in die Regierung eingetreten und
15 hat seither im Rahmen des Möglichen der Bildungspolitik mit einer ganzen Reihe von
16 Maßnahmen ihre Handschrift verliehen, von denen folgende, wichtigste zu nennen sind:

- 17 • Abschaffung der Verpflichtung jahrgangsübergreifend zu unterrichten, d.h., Annul-
18 lierung einer rot-roten Reform, die weder personell unterfüttert war noch von der
19 Mehrheit der Grundschullehrer als adäquates Konzept für ihre jeweilige Schulsitua-
20 tion betrachtet wurde,
- 21 • Abschaffung durch Verschiebung des Stichtags der von rot-rot eingeführten, bun-
22 desweit einzigartigen Früheinschulung, die Kinder unter sechs Jahren in die Schule
23 gezwungen hat, wenn ihre Eltern nicht ein aufwändiges Rückstellungsverfahren ein-
24 leiteten,
- 25 • Anpassung der Verfahren beim Übergang von der Grundschule zugunsten von mehr
26 Familienfreundlichkeit, kürzerer Schulwege und besserer Einschätzung der Lernaus-
27 gangslage der Kinder durch die Einführung des Geschwister- und Bezirksvorzugs bei

- 28 der „Verlosung“ von 30% der Schulplätze sowie eines obligatorischen Beratungsge-
29 sprächs bei einem Notendurchschnitt von unter 3,0 bei Gymnasialwechselwunsch,
- 30 • Verbesserung des Personalschlüssels in den 7. Gymnasialklassen, damit durch indivi-
31 duelle Förderung möglichst alle an den Gymnasien aufgenommenen Schüler das
32 Probejahr bestehen und mit guten Erfolgsaussichten den sechsjährigen Weg zum
33 Abitur einschlagen,
 - 34 • Einführung eines halbjährigen Praxis-Semesters in die Lehrerausbildung, um ange-
35 henden Lehrern bevor sie in die zweite Phase der Ausbildung eintreten, einen tat-
36 sächlichen „Realitäts-Check“ ihres Berufswunsches und ihrer Fähigkeiten zu ermögli-
37 chen,
 - 38 • Bessere Bezahlung der Grundschulleiter, um die hohe Zahl an Vakanzen zu verrin-
39 gern und das Grundschullehramt attraktiver zu machen,
 - 40 • Die Einrichtung von Verwaltungsleiter-, Hausmeisterassistenten und IT-
41 Expertenstellen, um Lehrer und Schulleiter von nicht-pädagogischen Aufgaben zu
42 entlasten,
 - 43 • Einrichtung einer Schulleiterakademie, um die Qualität der Führungspositionen an
44 Schulen zu sichern, und Festlegung eines obligatorischen Fortbildungstages für alle
45 Lehrer einmal im Jahr,
 - 46 • Klare inhaltliche Positionierung zum Rahmenlehrplan und erfolgreicher Druck auf die
47 Senatsbildungsverwaltung, den Anhörungszeitraum um ein halbes Jahr zu verlän-
48 gern, um den Betroffenen eine faire und transparente Chance zur Beteiligung zu ge-
49 ben,
 - 50 • Die Einführung des Rahmenlehrplans um ein Jahr zu verschieben, um den Lehrern
51 ausreichend Zeit zur Vorbereitung zu geben,
 - 52 • Abwenden der von der Senatsverwaltung beabsichtigten Einschränkung freier Be-
53 rufsschulen, neue Studiengänge einzuführen,
 - 54 • Freie Schulen mit sozial benachteiligter Schülerschaft profitieren von den Mitteln
55 des Bonusprogramms für Schulen,

- 56 • Verpflichtung der Senatsverwaltung auf eine bedarfsgerechte Ausstattung mit
57 Schulhelfern für Integrationskinder auch aus dem laufenden Haushalt.

58 Trotz dieser Verbesserungen ist der Weg zu einem tatsächlich leistungsfähigen Schulsys-
59 tem in Berlin noch weit. Die CDU möchte auch für den Bereich Schule Verantwortung
60 übernehmen und stellt deshalb mit Blick auf die größten Problembereiche folgende Lö-
61 sungsansätze vor:

62 **Handlungsfeld 1: Lehrer**

63 Die ausreichende Versorgung der Berliner Schulen mit qualifizierten Lehrern ist die Kardi-
64 nalaufgabe der Bildungspolitik. Die Nachfrage nach dem Lehramtsstudium unterliegt Zy-
65 len und es gibt traditionell stärker und weniger stark nachgefragte Studienfächer. Gleich-
66 zeitig können bspw. aus den Geburtsstatistiken und den Lehrerdaten relativ genau Lehrer-
67 bedarfe vorherberechnet werden. Dadurch, dass der Lehrermarkt inzwischen ein
68 bundesweiter ist, konkurrieren alle 16 Bundesländer um die Absolventen insbesondere in
69 den Mangelfächern. Eine vorausschauende Lehrerrekutierung muss alle diese Faktoren im
70 Blick haben und lange Linien verfolgen.

71 ***Bestandsaufnahme:***

72 Berlin hat mit seit 2012 wieder stark steigenden Schülerzahlen einen ebenso stark stei-
73 genden Lehrerbedarf, der durch größere bevorstehende Pensionierungswellen noch ver-
74 schärft wird. So mussten in den letzten Jahren rd. 2000 Lehrer pro Jahr eingestellt werden,
75 und dies bei einer nur auf 100% ausgelegten Lehrerausstattung pro Schule, was in der Rea-
76 lität einer Unterausstattung gleichkommt, und ohne die zusätzlichen Bedarfe durch ver-
77 stärkte Inklusion, durch neue, auf individuelle Förderung angelegte Unterrichtskonzepte
78 und die schulische Integration von Flüchtlingen miteinzubeziehen. Die Bildungsverwal-
79 tung verkündet zwar regelmäßig zu Schuljahresbeginn „Punktlandung“, was die Einstel-
80 lung von Lehrkräften anbetrifft, doch zeigt der Blick hinter die Fassade, dass beim Auswei-
81 sen der Lehrerstellen statistisch getrickst wird um Vakanzen zu verschleiern. Dass zwar
82 vielleicht alle Lehrer auf dem Papier an Bord sind, aber nicht immer die mit den tatsächlich
83 benötigten Fächern, und dass bei einer zunehmenden Zahl von Quereinsteigern und schul-
84 fach- und schulartfremd unterrichtenden Lehrern das **Fachkräfteprinzip** an der Berliner

85 Schule langsam ins Wanken gerät. Gerade in den **MINT-Fächern** trifft man vermehrt pen-
86 sionierte Lehrer an, die weiterhin Unterricht geben, weil sonst kein Fachunterricht statt-
87 finden würde. Dass die Lage bei der Lehrerversorgung insgesamt bei weitem nicht unter
88 Kontrolle ist, wissen alle Schüler und Eltern aufgrund **des allgegenwärtigen Unterrichts-**
89 **ausfalls** aus eigener Anschauung. Die nicht zufriedenstellende Situation hatte kürzlich
90 sogar zur Initiierung eines Volksbegehrens geführt: Zwei Millionen Unterrichtsstunden
91 fallen pro Schuljahr aus, dies entspricht ca. 10,8% des Unterrichts. Das Land Berlin hat sich
92 angesichts der Tatsache, dass 13 von 16 Bundesländer Lehrer weiterhin verbeamten, mit
93 der unter rot-rot getroffenen Entscheidung Lehrer nicht mehr zu verbeamten, im Wettbe-
94 werb um Lehrer in eine denkbar schlechte Ausgangsposition begeben. Trotz des hohen
95 Einstiegsgehalts durch die sofortige Gewährung der höchsten Erfahrungsstufe ist insbe-
96 sondere bei den besten Köpfen und den Absolventen der Mangelfächer zu beobachten,
97 dass für sie der Beamtenstatus bei der Wahl der Schule weiterhin ein sehr wichtiger Faktor
98 bleibt und Berlin deshalb von diesen Gruppen weniger profitiert. Abgesehen davon steigt
99 mit der Anzahl der angestellten Lehrer das Streikpotential und damit die Erpressbarkeit
100 des Landes gerade zu Prüfungszeiten. Angesichts dieser schwierigen Ausgangslage könnte
101 man annehmen, dass sich Berlin durch eigene Ausbildung von Lehrern ein gewisses Polster
102 schafft, doch auch dies ist in einer geradezu verantwortungslosen Weise nicht geschehen,
103 wie sich am Ende dieser Legislaturperiode herausstellte: Als Resultat einer jahrelang ver-
104 schlafenen Entwicklung stehen 2016 einem Bedarf von 1000 Grundschullehrern nun 175
105 Absolventen gegenüber.

106 Für eine nachhaltig bessere Lehrerausstattung müssten folgende Maßnahmen eingeleitet
107 werden:

- 108 • Eine Grundlehrerausstattung der Berliner Schulen von 105 %.
- 109 • Das Land Berlin braucht insgesamt bedeutend mehr Lehrer, es braucht die besten
110 Köpfe und es braucht Fachkräfte. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen für Lehrer
111 in Berlin verbessert und Wettbewerbsnachteile abgeschafft werden. Wir wollen die
112 Probe aufs Exempel machen und **allen neu eingestellten Lehrern in Berlin in Zukunft**
113 **die Verbeamtung wieder anbieten**. Wir haben immer betont, dass die Wiedereinfüh-
114 rung der Verbeamtung mit der Einrichtung eines Pensionsfonds einhergehen muss,
115 denn wir wollen unseren Kindern keine zusätzlichen Lasten aufbürden.

- 116 • Von den lehrerbildenden Fakultäten geht derzeit das falsche Signal aus und dies hängt
117 mit einer völlig unzureichenden Steuerung durch die Senatsbildungsverwaltung zu-
118 sammen: Während das Land Berlin europaweit Lehrer aller Schularten, insbesondere
119 Grundschullehrer sucht, bleiben selbst die nun außerhalb der Hochschulverträge er-
120 höhten Ausbildungskapazitäten, weit hinter dem Bedarf zurück und es werden hun-
121 derte von Interessenten abgewiesen. Es ist auch unklar, von wem die zusätzlichen Stu-
122 dierenden unterrichtet werden sollen, da auch die Anwerbung von Professoren ver-
123 säumt wurde. Die **mangelnde Einrichtung von Studienplätzen** für Lehramtsstudie-
124 rende bedeutet schlicht und einfach, sich an der Zukunft unserer Kinder zu versündi-
125 gen. Wir wollen eine abermalige, schulart- und fächerscharfe **Verdoppelung der Stu-**
126 **dienplatzkapazitäten und die Auflage eines Stipendienprogramms für Studierende**
127 **von Mangelfächern, die sich verpflichten, nach Abschluss ihres Studiums mindes-**
128 **tens fünf Jahre an einer Berliner Schule zu unterrichten.** Die neue Ausrichtung der
129 Bachelor-Phase der Lehrerausbildung auf Polyvalenz birgt die Gefahr, Studierende zu
130 verlieren (im Wintersemester 2015/16 wurden von 1228 Studienplätzen für den Lehr-
131 amtsmaster 528 nicht besetzt, nur 719 haben den Master beendet, das entspricht
132 knapp 60%), deshalb gilt es, diese Ausrichtung auf den Prüfstand zu stellen.
- 133 • Grundschullehrer legen das Fundament für Bildungskarrieren. Wir haben die Ausbil-
134 dung der Grundschullehrer aufgewertet und sie in der Länge den der Oberschulleh-
135 rern gleichgestellt. Deshalb sollen **Grundschullehrer, die die neue Lehrerausbildung**
136 **komplett durchlaufen haben, in Zukunft mit demselben Einstiegsgehalt wie Ober-**
137 **schullehrer beginnen.** Für die aktiven Grundschullehrer soll eine von den lehrerbil-
138 denden Universitäten umfangreiche Fortbildungsoffensive mit Zertifikat angeboten
139 werden, die es den bestehenden Lehrern erlaubt, an die neuen Ausbildungsstandards-
140 und -bedingungen aufzuschließen und sich damit ebenfalls die Grundlagen für die hö-
141 here Bezahlung zu verschaffen.
- 142 • Lehrer wollen und sollen konkrete Karriereoptionen haben, **deshalb müssen auf die**
143 **hohe Zahl an unbesetzten Funktions-, Stellvertreter- und auch Leiterstellen unver-**
144 **züglich qualifizierte Lehrer wechseln.** Die vielen (neuen) Aspekte der Lehrerarbeit
145 bzw. die **höheren Anforderungen an die Lehrer** in Bereichen wie Ganztagsgestaltung,
146 Berufs- und Studienberatung, Elternarbeit, interkulturelle Kompetenz, Lehrplan- und

147 Methodenentwicklung, Ausbildung des Nachwuchses müssen bei der **Zumessung von**
148 **Stundenpools bzw. bei Ermäßigungsstunden angemessen, das heißt, viel stärker**
149 **als bisher, Berücksichtigung finden.**

150 • **Kontrollierter Einstieg:** Quereinsteiger unterrichten vom ersten Tag an 19 Stunden,
151 Referendare, die ein Lehramtsstudium absolviert haben, 7 Stunden. Dieser Vergleich
152 zeigt, dass es sinnvoll ist, die **Unterrichtszahl der Quereinsteiger auf maximal 14**
153 **Stunden abzusenken**, damit mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung und die pädagogi-
154 sche und methodische Ausbildung bleibt. Ob ein Quereinsteiger tatsächlich im Leh-
155 rerberuf reüssiert, zeigt sich oft erst im Laufe der Zeit. Deshalb sollten Quereinsteiger
156 in Zukunft nicht mehr sofort unbefristete Anstellungen bekommen, sondern zunächst
157 einen **Fünf-Jahres-Vertrag**.

158 Die CDU-Fraktion möchte mit den oben genannten Maßnahmen bei der Lehrgewinnung
159 mittel- und langfristig die Möglichkeit schaffen, weiter an den für eine bessere Lernsitua-
160 tion an den Berliner Schulen beiden wichtigen Stellschrauben – Klassengröße und Unter-
161 richtsverpflichtung – nach unten zu drehen. Zuvor muss allerdings ein fester, höherer Leh-
162 rerstock aufgebaut werden, bei dem Mehrbedarfe durch steigende Schülerzahlen, Pensio-
163 nierungen und Zusatzaufgaben der Lehrer zuverlässig abgedeckt sind.

164 **Handlungsfeld 2: Schulgebäude**

165 Marode Schulgebäude und Raumnot sind in Berlin traurigerweise ein Dauerthema. Aller-
166 dings hat sich die Situation in den letzten Jahren durch die Verlegung der Horte an die
167 Schulen, durch deutlich gestiegene Schülerzahlen und immer höhere Anforderungen an
168 Sanierungen und Bauten nochmals stark zugespitzt. Der Sanierungsstau an den Berliner
169 Schulen beträgt je nach Schätzungen 2-5 Mrd. Euro. Bis 2025 werden in Berlin 60-70 neue
170 Schulen gebaut werden müssen, außerdem werden für die in 2016 ca. 10 000 zusätzlich zu
171 beschulenden Flüchtlingskinder 720 Züge (bei 14 Schülerinnen und Schülern pro Klassen-
172 zug, 12 sind eigentlich angedacht) nötig sein. Schulsanierungen, -modernisierungen oder
173 -erweiterungen an den jahrhundertealten, denkmalgeschützten Schulgebäuden in Berlin
174 können sich bis über 10 Jahre hinziehen und Neubauten dauern im Durchschnitt sieben
175 Jahre. Dies führt einerseits zu inakzeptablen Belastungen für Schüler und Lehrer und ande-

176 reerseits kann so die vor uns liegende, große Aufgabe, in kürzester Zeit viele hunderte
177 Schulplätze neu zu schaffen, nicht bewältigt werden. Die Bildungsverwaltung setzt in die-
178 ser Krisensituation hauptsächlich auf die Errichtung „Mobiler Ergänzungsbauten (MEB)“,
179 die aufgrund ihrer Einheitsbauweise schnell zusammengesetzt und aufgestellt und dann
180 viele Jahre genutzt werden können. Aus unserer Sicht ist die Aufstellung von weiteren
181 MEB zum neuen Schuljahr aufgrund der aktuell enorm hohen Raumknappheit nicht zu
182 vermeiden. Doch stellen diese Bauten für uns eindeutig nur eine zweitklassige Lösung dar,
183 da durch sie der ohnehin oft knapp bemessene Pausenraum weiter schrumpft, und sie mit
184 modernen pädagogischen Konzepten schwer in Einklang zu bringen sind.

185 Die CDU hat sich stark dafür eingesetzt, dass die Mittel für Schulsanierungen- und bau in
186 dieser Legislaturperiode insgesamt auf bis zu rd. 200 Mio. Euro pro Jahr erhöht wurden.
187 Wir haben damit im Landeshaushalt, der bei einem Gesamtvolumen von rd. 25,5 Mrd. Euro
188 immer noch von einem Schuldenstand von 60 Mrd. Euro gekennzeichnet ist, eindeutig ei-
189 nen Schwerpunkt auf die Ertüchtigung von Schul- und Sportgebäuden gelegt. Diese fi-
190 nanzpolitische Prioritätensetzung könnte bei richtigen Rahmenbedingungen als Konjunk-
191 turprogramm wirken. In dieser Legislaturperiode trat jedoch deutlich zutage, dass nicht
192 mehr nur die Höhe der den Bezirken als den laut Berliner Verfassung Zuständigen für Sa-
193 nierung und Bau zur Verfügung gestellten Finanzmittel eine Rolle spielt, sondern dass die
194 mangelnde Personalausstattung in den bezirklichen Bauämtern und eine Vielzahl von hin-
195 derlichen Verfahrensvorschriften und Vorgaben die Verplanung und Umsetzung der bewil-
196 ligten Gelder generell schwierig, langwierig und intransparent machen. Wir sehen daher
197 grundlegenden Veränderungsbedarf, was das Zusammenspiel der zweistufigen Verwal-
198 tung in Berlin im Bereich der Schulsanierung- und bau und der Ausstattung der Bezirke
199 anbetrifft.

200 Das **Berliner Programm** erfordert im Einzelnen, dass:

- 201 • Einzelprogramme mit unterschiedlichen Laufzeiten und Zielrichtungen zugunsten ei-
202 nes **festen, zweckgebundenen, übertragbaren Budgets** (wie im Rahmen der SIWA-
203 Mittel) **für Investitionen** abgeschafft werden und den Bezirken ein **garantierter, hö-**
204 **herer Sockelbetrag für die bauliche Unterhaltung** zugewiesen wird. Feste, aber für
205 Schul- und Sportstätten frei verfügbare Budgets erhöhen Verantwortung, Flexibilität

206 und Anreiz zu gründlicher Planung und führen so zu schnellerem und günstigerem
207 Bauen.

208 • die Bezirke Schulbauprojekte in eigener Regie bei der Hauptverwaltung nur noch nach
209 Abschluss der Planungsphase vorlegen müssen. Bei Überschreiten des Betrages von 6
210 Mio. Euro holt der Bezirk die Zustimmung beim Senat ein, der innerhalb von spätes-
211 tens zwei Monaten entscheiden muss. Bei Kostensteigerungen oder Umplanungen
212 von bezirkseigenen Schulbauvorhaben unter einem Wert von 6 Mio. Euro entfällt die
213 Vorlagepflicht an den Hauptausschuss.

214 • den Bezirken im Rahmen fester, übertragbarer Schulsanierungs- und -baubudgets
215 **mehr Freiheiten bei der Vergabe von Aufträgen und bei der Festlegung von berlin-**
216 **weit geltenden Standards** wie zum Beispiel bei energetischer Sanierung, Mensen, Kü-
217 chen etc. sowie verbindlicher Abstimmungsstrukturen zwischen den Bezirken zur Be-
218 stimmung gemeinsamer, realistischer Vorgaben zu Bau und Unterhaltung gegeben
219 werden.

220 • abgeleitet von den Beispielen Hamburg, München und von der Durchführung anderer
221 Bauvorhaben in Berlin sollten in Berlin

222 - ein **aussagekräftiger Gebäude-Scan** durchgeführt werden, der den Sanierungs-
223 bedarf genau beschreibt, und aus dem sich die Höhe der zusätzlich notwendigen
224 Mittel und eine Priorisierung der in Angriff zu nehmenden Maßnahmen ableiten
225 lässt,

226 - die sogenannte, rd. ein halbes Jahr andauernde „**Phase 0**“ der Konsultation und
227 Beteiligung der Schulbaunutzer übernommen werden,

228 - **standardisierte** (Münchner „Lernhäuser“) und zugleich auf die jeweilige Immo-
229 bilie flexibel anpassbare **Lösungen** verstärkt Anwendung finden,

230 - ein **Prämiensystem** (bzw. ein Malussystem) für schnellen (langsamen) Bauab-
231 schluss eingeführt werden,

- 232 - als Beschleunigungsmaßnahme die Verabschiedung von bezirksübergreifenden
233 **Bauprogrammen** (bspw. zur Dachnutzung, für Turnhallen, zur Fenster- oder Toi-
234 lettensanierung) geprüft werden,
- 235 - von den Bezirken und der Senatsbauverwaltung eine **Liste zu vereinfachender**
236 **oder außer Kraft zu setzender Vorschriften** zur Beschleunigung von Bauvorha-
237 ben erarbeitet werden, die innerhalb eines Jahres dem Abgeordnetenhaus vorge-
238 legt wird,
- 239 - neue Schulgebäude grundsätzlich zum Ganztagsbetrieb und als Gebäude der
240 Zukunft errichtet werden, die **vielfältige Nutzungen** zulassen und sich in die
241 Kieze hinein öffnen.
- 242 - der Raumbedarf der Horte an die steigenden Kinder- und Inanspruchnahmezah-
243 len angepasst werden, d.h. deutlich mehr Platz für die Hortbetreuung. Das Mus-
244 terraumprogramm auch für Bestandsgebäude muss hierfür flexibel gehandhabt
245 werden.
- 246 • eine **ausreichende Anzahl, in der Einstufung gegenüber Landes- und Bundesein-**
247 **richtungen wettbewerbsfähiger Stellen in den Bezirksbauämtern** eingerichtet wird,
248 die **spätestens innerhalb eines Jahres besetzt** werden. Dies bedeutet auch ein Ende
249 der bisherigen Politik der Herabstufung und Reduzierung der betreffenden Stellen in
250 den Bezirken seitens der Finanzverwaltung und verlangt Kreativität (wie bspw. bei den
251 angestellten Lehrern mit der sofortigen Zahlung der höchsten Erfahrungsstufe) und
252 höhere Personalinvestitionen.

253 Die genannten Maßnahmen bewegen sich bewusst im Rahmen der bestehenden Zustän-
254 digkeiten, da wir die Bezirke als Verwaltungseinheit für rd. 300 000 Menschen – bei ent-
255 sprechender Personal- und Finanzausstattung - grundsätzlich für die adäquate Ebene hal-
256 ten, bedarfsgerechte Lösungen für die von Stadtteil zu Stadtteil stark variierenden Aus-
257 gangslagen auszuarbeiten. Fundamentale Zuständigkeitsänderungen zu Lasten der Bezirke
258 sind ohne Verfassungsänderung nicht möglich und bedürften viel wertvoller Zeit, die Ber-
259 lin derzeit schlicht nicht hat. Mit einer einheitlichen Struktur für ein Amt Schulbau in allen
260 Bezirken und einer deutlich verbesserten qualifizierten Personalausstattung wäre in Zu-
261 kunft eine schnellere Planung und schnelleres Bauen sichergestellt. Die CDU-Fraktion

262 möchte jedoch auf jeden Fall einen Erfolg in der Sache, d. h. eine in Zukunft wesentlich
263 schnellere Planung und schnelleres Bauen, so dass wir nach drei Jahren die Ergebnisse des
264 dann verbesserten Zusammenspiels zwischen Landes- und Bezirksebene evaluieren wol-
265 len. Falls es dann immer noch zu keinen Verbesserungen gekommen sein sollte, wollen wir
266 ein gänzlich neues Modell in Angriff nehmen.

267 **Handlungsfeld 3: Schulformen**

268 Handlungsleitend für die CDU-Fraktion in dieser Legislatur war, den Berliner Schulen nach
269 Jahren des Reformfiebers, eine Phase der Ruhe und Konsolidierung zu geben. Unter dem
270 Begriff „Schulfrieden“ wurde mit der SPD vereinbart, das seit 2010 bestehende Zwei-
271 Säulen-System aus Integrierter Sekundarschule und Gymnasium keinen weiteren Verände-
272 rungen zu unterziehen. Die CDU-Fraktion ist der Ansicht, dass sich das Zwei-Säulen-
273 Modell im Grundsatz bewährt hat und hält deshalb auch an der Maxime des Schulfriedens
274 in der Bildungspolitik fest. Aber die Schullandschaft ist auch nicht statisch: Die Schüler-
275 schaft verändert sich oder ist von Stadtteil zu Stadtteil sehr verschieden, Prioritäten bei
276 den Eltern verschieben sich, Lehrer wollen neue pädagogische Konzepte ausprobieren - all'
277 dies muss eine Bildungspolitik, die am Wohl der Schüler orientiert ist, im Auge behalten.
278 Die CDU-Fraktion steht ausdrücklich für eine **ideologiefreie Bildungspolitik mit Qualität**
279 **und in Vielfalt**, in der jedes pädagogische Konzept und jede Schulform seine Existenzbe-
280 rechtigung hat, die das Ziel einer umfassenden Bildung unserer Kinder verfolgt, ihnen auch
281 das entsprechende Rüstzeug für den Arbeitsmarkt verleiht und sie zu mündigen Bürgern
282 erzieht. Hierin begründet sich auch unsere konsequente Unterstützung freier Schulen: Sie
283 sind Ausdruck des freien Willens von Lehrern, Schülern und Eltern bestimmte bildungspo-
284 litische Konzepte und Ziele auszuprobieren, die bei Erfolg klugerweise auch in staatlichen
285 Schulen Einzug halten. Aus unserer Sicht sollte die **Weiterentwicklung der Berliner**
286 **Schulformen deshalb organisch, also von innen heraus, und nicht von oben oktroyiert**
287 erfolgen.

288 In dieser Hinsicht sehen wir folgende Perspektiven:

289 • **Gymnasium:**

290 Die CDU bleibt die einzige politische Kraft, die eine Bestandsgarantie für die Gymna-
291 sien formuliert. Das Berliner Gymnasium hat als Ziel eine vertiefte Allgemeinbildung
292 und die Vorbereitung auf ein wissenschaftliches Hochschulstudium mit dem Zielab-
293 schluss Abitur in 12 Jahren. Es richtet sich an Schüler mit hoher Sprachkompetenz und
294 abstraktem Denkvermögen, die leicht, schnell und zumeist im Klassenverband lernen
295 und Leistungsrückmeldungen in Form von Noten befürworten. Die wichtigste Weiter-
296 entwicklungsnotwendigkeiten, die von Lehrern, Schülern und Eltern für das Gymnasi-
297 um gesehen wird, bestehen zum einen in einer besseren Strukturierung der überwie-
298 gend sechs Gymnasialklassen und zum anderen in der tatsächlichen Herstellung von
299 „G8“:

300 a) Um zu einer besseren Vorbereitung für die nach KMK-Vorgaben eigentlich drei-
301 jährige gymnasiale Oberstufe zu kommen, **soll die Prüfung zum Mittleren Schul-**
302 **abschluss (MSA) in der Klasse 10 abgeschafft und der MSA-Abschluss automa-**
303 **tisch bei Versetzung in Klasse 11 verliehen werden.** Sollte die Versetzung in
304 Klasse 11 nicht erfolgen, so soll die Möglichkeit geschaffen werden, den MSA ex-
305 tern abzulegen. Die MSA-Prüfung an Gymnasien ist deshalb entbehrlich, weil
306 Gymnasiasten in ihr nach Lernstoff befragt werden, der laut Rahmenlehrplan
307 schon am Ende der Klasse 9 beherrscht werden muss. MSA-Prüfungen werden an
308 Gymnasien zu fast 100% bestanden, fressen aber erheblich Energie und Kapazitä-
309 ten und führen regelmäßig zu Unterrichtsausfall.

310 b) Ein weiterer Punkt ist die „Knebelung“ des Berliner Gymnasiums bei sechsjähriger
311 Grundschule faktisch auf ein „G6“. Die Möglichkeit, wie in anderen Bundeslän-
312 dern, eine achtjährige gymnasiale Bildung zu bekommen, sind in Berlin durch die
313 eng limitierte Anzahl grundständiger (also ab Klasse 5) Züge auf einige Profilym-
314 nasien beschränkt. Wir sprechen uns dafür aus, diese **Limitierung aufzuheben**
315 **und es den Gymnasien freizustellen, ob sie schon ab Klasse 5 ein Angebot ma-**
316 **chen wollen.** Damit könnte es in Zukunft auch allgemein bildende Gymnasien ge-
317 ben, die eine achtjährige Gymnasialzeit anbieten.

318 c) Unser Ziel ist es, im Bereich der Abiturprüfungen zu bundesweit einheitlichen An-
319 forderungs-, Korrektur- und Bewertungsstandards zu kommen und hierbei wollen

320 wir uns nicht an einem mittleren oder unteren Niveau orientieren, sondern ge-
321 meinsam mit den anderen Bundesländern und den Universitäten an Abiturprü-
322 fungen arbeiten, deren Inhalt tatsächlich auf „Studierfähigkeit“ abzielt.

323 • **Integrierte Sekundarschule (ISS):**

324 Die ISS hat die Doppelaufgabe auf die berufsqualifizierenden Abschlüsse und auf das
325 Abitur vorzubereiten. Die Erwartung an die ISS nach der Schulstrukturreform 2010
326 war, dass durch die Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen lernstär-
327kere Schüler lernschwächere Schüler zu besseren Leistungen motivieren würden.

328 a) Realität 2016 ist, dass die Schulabgängerquote ohne Abschluss bei gleichbleibend
329 10% liegt, obwohl es 2014/2015 eine Niveauabsenkung bei den Prüfungsanforde-
330 rungen gab. Die EU fordert einen Rückgang der Abbrecherquote auf höchstens
331 7 %, um weiterhin ESF-Mittel nach 2020 beziehen zu können. **Lehrerressourcen**
332 **an der ISS müssen daher stärker als bisher auf die Förderung lernschwächerer**
333 **Schüler und an das parallele Heranführen an Ausbildungsberufe verschoben**
334 **werden.** Die Entwicklung an der ISS zeigt, dass es richtig war, dass die CDU-
335 Fraktion im Rahmen der Lehrkräftebildungsreform darauf gedrungen hat, dass es
336 in der Masterphase für Lehrer möglich sein muss, Methoden zu erlernen, die Schü-
337ler sicher zu den berufsbildenden Abschlüssen in den Klassen 9 und 10 und dann
338 in eine Ausbildung führen. Die Einführung eines elften, an den Berufsschulen neu
339 zu kreierenden Pflichtjahres, ist unnötig, wenn wir die ISS methodisch und perso-
340 nell besser in Stand setzen und Anreize dafür schaffen, dass sich ISS-Lehrer ge-
341 meinsam mit ihren Abgängern in den Klassen 9 und 10 um eine Anschlussausbil-
342 dung kümmern.

343 b) Die CDU-Fraktion teilt nicht die Auffassung, dass nur eine ISS eine gute sein kön-
344 ne, die ein Angebot bis zum Abitur machen könne. Hieraus spricht eine Abwer-
345 tung berufsbildender Abschlüsse, der wir entgegentreten. Gerade ISS, die sich auf
346 ihre Kernaufgabe konzentrieren, alle Schüler zu einem Abschluss in den Klassen 9
347 und 10 zu führen, bewältigen diese Aufgabe oft vorzüglich und vermitteln Abgän-
348 ger oft reibungslos an die kooperierenden Oberstufenzentren (OSZ), an denen
349 unter anderem auch das Ablegen der allgemeinen Hochschulreife möglich ist.

350 Um ISS, die mit einer Kooperation allein mit OSZ nicht zufrieden sind, eine weite-
351 re Kooperationsalternative zu geben, schlagen wir vor, dass die Möglichkeit ge-
352 schaffen wird, **an Gymnasien „Aufbauklassen“ für ISS-Schüler einzurichten, die**
353 **das Abitur anstreben.** Gymnasien sind Spezialisten für die Oberstufe, verfügen
354 über die entsprechenden Fachlehrer und breite Kursangebote. Die Gründung von
355 11. Klassen an ISS oder von Oberstufenverbänden halten wir aus organisatori-
356 schen und qualitativen Gründen nicht für sinnvoll.

357 Um der gymnasialen Oberstufe und damit auch dem Abitur seine Qualität zurück-
358 zugeben, werden wir die Absenkung des notwendigen Notendurchschnitts von 9
359 auf 8 Punkte (entspricht einer drei auf E-Niveau) für den Übergang von der Se-
360 kundarstufe I in die Sekundarstufe II überprüfen.

361 • **Grundschule:**

362 Die Grundschule hat zur Aufgabe, sichere Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und
363 Rechnen, einer ersten Fremdsprache und erstem Fachunterricht in Natur- und Gesell-
364 schaftswissenschaften zu legen. Weiterführende Schulen müssen mit diesem gesicher-
365 ten Wissensstand rechnen können und nicht Defizite auffüllen müssen. Für uns ist es
366 deshalb unverständlich, dass die **schlechten, teils miserablen Ergebnisse der VERA-**
367 **3-Studien der letzten Jahre**, die den Berliner Grundschulern nur unterste Mindest-
368 standards in Orthographie und Rechnen (nur ca. 50% der Schülerinnen und Schüler er-
369 reichten die Mindeststandards) bescheinigen, ohne erkennbare Reaktion seitens der
370 Senatsbildungsverwaltung geblieben ist. Aus unserer Sicht muss hier dringend eine
371 **gründliche Kritik der Methoden, der Lehrstofforganisation, der Lehrerqualität und**
372 **der Rahmenbedingungen einsetzen und den Grundschulen klare Zielvorgaben ge-**
373 **macht werden.** Ein weiteres Problem stellt sich aufgrund der von Schule zu Schule o-
374 der von Bezirk zu Bezirk voneinander abweichenden Notengebung insbesondere in
375 Klasse sechs, wenn sich Grundschüler mit ihrem Zeugnis an weiterführenden Schulen
376 bewerben. Viele Gymnasialleiter sind dazu übergegangen jeden Bewerber persönlich
377 vorsprechen zu lassen und sich ein eigenes Bild von den Schülerleistungen zu machen,
378 dennoch schlagen wir zur allgemeinen Qualitätssicherung vor, **im ersten Halbjahr der**
379 **sechsten Klasse in den Kernfächern eine zentral gestellte Orientierungsarbeit**
380 schreiben und korrigieren zu lassen, die doppelt in die Notengebung eingeht.

381 • **Förderschule:**
382 Soweit Förderschulen nicht ohnehin schon abgewickelt wurden, so werden sie von der
383 Senatsbildungsverwaltung hauptsächlich als „Steinbruch“ für qualifizierte sonderpä-
384 dagogische Lehrkräfte behandelt. Eine Grundstruktur an leistungsfähigen Fördersch-
385 len muss allein vor dem Hintergrund des Elternwahlrechts erhalten bleiben, das gilt
386 auch für lern-, sozial- oder emotional gestörte Kinder. Wir wollen, dass Förderschulen
387 keine „Endstationen“ sind, aber wir halten ihre Vorteile wie kleine Klassen, die von Ex-
388 perten unterrichtet und eng begleitet werden, ihre Elternarbeit und ihre Kooperatio-
389 nen ins schulische Umfeld und die Arbeitswelt für erhaltenswert. Förderschulen müs-
390 sen an ihrer Durchlässigkeit zu Regelschulen arbeiten, gerade auch wenn es um die
391 Abschlussphase geht. Förderschulen dürfen aber auch keine „Restschulen“ werden,
392 auf die Kinder aus der Regelschule abgeschoben werden, weil ihre Behinderung nicht
393 (rechtzeitig) diagnostiziert und der Behinderung pädagogisch nicht adäquat begegnet
394 wurde. **Förderschulen brauchen zu ihrer weiteren Entwicklung vor allem klare Be-
395 fürwortung und Sicherheit**, die will die CDU-Fraktion ihr geben.

396 • **Gemeinschaftsschule:**
397 Die Gemeinschaftsschule ist 2008/2009 als Pilotprojekt gestartet und in der Zwi-
398 schenzeit auf 26 Schulen unterschiedlichster Art angewachsen. Im Abschlussbericht
399 der Pilotphase werden den Gemeinschaftsschülern im zweiten Durchgang stärkere
400 Lernzuwächse bescheinigt als im ersten und auch im Vergleich zu einer Hamburger
401 Vergleichsgruppe. In der Studie werden aber keine Aussagen zum Erfolg der Gemein-
402 schaftsschüler bei den zentralen MSA-Prüfungen gemacht, der Durchgang bis zum
403 Abitur wurde nicht abgewartet. Eine Einordnung in das Berliner Schulsystem und eine
404 abschließende Bewertung kann daher noch nicht erfolgen, auch deshalb, weil die Ge-
405 meinschaftsschulen bisher noch eine sehr breite, kaum vergleichbare Bandbreite an
406 Ausgestaltungen und damit an notwendigen Rahmenbedingungen aufweisen. **Die
407 CDU-Fraktion betrachtet die Gemeinschaftsschule im Rahmen ihres ideologie-
408 freien Ansatzes als ein pädagogisches Angebot unter vielen, dem die Chance gege-
409 ben wird, sich freiwillig und nachfrageorientiert weiterentwickeln zu können.**

- 410 • **Europäische und internationale Schulen:**
411 Berlin hat sich in den letzten 25 Jahren zu einer internationalen Metropole gewandelt,
412 in der Menschen aller Herren Länder aufeinandertreffen, die Entwicklung zur Start-up-
413 Metropole Deutschlands hat der Europäisierung und Internationalisierung der Stadt
414 einen weiteren Schub verliehen. In der Senatsverwaltung wurde dieser Wandel regel-
415 recht verschlafen: Es gibt kein Konzept für den frühen Fremdsprachenerwerb, die ei-
416 gentlich modellhaften Staatlichen Europaschulen arbeiten ohne signifikante Unter-
417 stützung des Senats weitgehend autonom, der Ausbau der einzigen Staatlichen Inter-
418 nationalen Schule zieht sich seit langem hin, gleichzeitig expandieren freie internatio-
419 nale Schulen. Wir finden, dass es **in jeder Berliner Schule früh ein qualitativ hoch-**
420 **wertiges und quantitativ ausreichendes Fremdsprachenangebot geben sollte**, auf
421 welches systematisch weitere Sprachen aufgesetzt werden. Fließendes Englisch ge-
422 hört heute für viele Berufe und Positionen zur Standardqualifikation. Selbstverständ-
423 lich soll jedes Kind in unseren Kindertagesstätten und Schulen gutes Deutsch lernen,
424 damit es sich in der deutschen Gesellschaft bewegen und am deutschen Arbeitsmarkt
425 reüssieren kann. Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik muss aber auch in viel **mehr**
426 **bilingualen Kitas und Schulen** als bisher den sprachlichen und kulturellen Schatz he-
427 ben, den Kinder mitbringen, die mit einer anderen Muttersprache als Deutsch auf-
428 wachsen.
- 429 • **Begabtenförderung:**
430 Begabtenförderung darf nicht nur ein Thema für ausgewählte Schnelllerner-Schulen
431 sein, sondern alle Grund- und Oberschullehrer sollten dabei unterstützt werden, diag-
432 nostisch, methodisch und zeitlich auch auf diese Schülergruppe eingehen zu können.
433 Die CDU-Fraktion spricht sich für die Elitenförderung aus.
- 434 • **Rahmenlehrpläne:**
435 Die CDU-Fraktion hat sich als einzige frühzeitig und mit eigenen inhaltlichen Positio-
436 nen in die Diskussion um den neuen Rahmenlehrplan eingebracht. Das mit der SPD
437 vereinbarte Ziel „weniger, aber dafür verbindliche“ Inhalte festzuschreiben, konnten
438 wir unserem Eindruck nach der breiteren öffentlichen Diskussion, die wir mit initiiert
439 hatten, und der Verschiebung der Einführung um ein Jahr, vor allem im Hinblick auf
440 „verbindlich“ erreichen. Allerdings ist auch der neue **Rahmenlehrplan aufgrund viel-**

441 **fältigster Kompromisse überladen.** Für uns bleiben die Punkte eines **eigenständigen**
442 **Geschichts- wie auch Gemeinschafts- oder Politikkundeunterrichts auf der Agen-**
443 **da,** da Wissens- oder Verständnisdefizite in diesen Bereichen die gemeinsamen
444 Grundlagen, auf denen unser Staat und unsere Gesellschaft beruhen, erodieren. Wir
445 sind außerdem der Auffassung, dass das Fach „Ethik“ stärker als bisher zur Wertedis-
446 kussion- und -vermittlung genutzt werden sollte. An dieses sollte auch die Vielzahl von
447 Extra-Programmen wie bspw. gegen Gewalt, Extremismus, Rassismus etc. andocken.
448 Wir bleiben ebenfalls weiterhin der Auffassung, dass jeweils **eigene Rahmenpläne** für
449 Grundschule, ISS, Gymnasium und Förderschule besser geeignet sind, die jeweiligen
450 Bildungs- und Kompetenzziele zu beschreiben, als ein einheitlicher, der oft nur in der
451 Tiefe der Anforderungen variiert, und damit die eigentlichen Möglichkeiten eines
452 Lehrplans gar nicht ausschöpft.

453 **Handlungsfeld 4: Herausforderungen**

454 • **Digitales Lernen:**

455 **Digitales Lernen** ist das Zukunftsthema der Bildungspolitik, dem wir mit großer Of-
456 fenheit begegnen, weil unsere Kinder in der neuen digitalen Welt aufwachsen und weil
457 diese für den Wissenserwerb ganz neue Chancen bietet. Leider hat sich gezeigt, dass
458 der technische Sprung ins digitale Zeitalter an den Berliner Schulen von der Senatsbil-
459 dungsverwaltung äußerst schlecht organisiert wird: Das 60 Millionen teure Projekt
460 egovernment@school, mit dem den Schulen u. a. Software zur Stunden- und Perso-
461 nalplanung bereit gestellt werden sollte, steht wieder am Anfang weil falsche Grund-
462 satzentscheidungen getroffen wurden. 38 Millionen Euro wurden bereits ausgegeben.

463 Die CDU-Fraktion fordert ein eigenes, kompetentes Fachreferat für digitales Lernen in
464 der Senatsbildungsverwaltung und die Bereitstellung einer entsprechenden Infra-
465 struktur für digitales Lernen an den Berliner Schulen insbesondere in Form stabiler
466 und sicherer Internetzugänge sind Sachen, die die CDU-Fraktion auf den Weg bringen
467 möchte. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass in der Lehrerbildung digitales Lernen
468 als ein die traditionellen Konzepte erweiterndes und ergänzendes Element obligato-
469 risch eingeführt wird und es Forschung zu diesem Bereich an den Berliner Universitä-
470 ten und eine Einbindung in die weltweite und europäische Entwicklung gibt.

471 Der digitale Aufbruch an den Berliner Schulen darf aber nicht von einzelnen Lehrern
472 oder dem Eintreffen neu ausgebildeter Lehrer abhängen. Wir wollen sofort alle Kräfte
473 in Berlin bündeln, die dazu beitragen können, das digitale Lernen an den Berliner
474 Schulen voranzubringen, und einen **Maßnahmenplan** vereinbaren, in dem alle not-
475 wendigen Aspekte der schrittweisen Einführung des digitalen Lernens an den Berliner
476 Schulen adressiert werden.

477 • **Inklusion:**

478 Die **Einbeziehung behinderter Kinder in den Regelunterricht** ist aus Sicht der CDU-
479 Fraktion eine andauernde Aufgabe für die Bildungspolitik. Wir verfolgen dabei den
480 Ansatz: „**So viel Inklusion wie möglich – so viel individuelle Förderung wie nötig**“.
481 Da wir die u.a. von Sanierungsstau, Raumnot und Lehrermangel gekennzeichneten
482 Berliner Schulrealität im Auge behalten müssen, wollen wir Inklusion anhand von
483 Best-Practice-Beispielen pragmatisch und Schritt für Schritt nach vorn bringen. Den
484 von der Senatsverwaltung nun eingeschlagene Weg, in jedem Bezirk Schwerpunktschulen zu bilden, halten wir vor diesem Hintergrund für den richtigen. Der wichtigste
485 Faktor für mehr Inklusion ist ausreichendes und gut geschultes sonderpädagogisches
486 Personal, hier gilt es bei den zusätzlichen Kosten ehrlich zu rechnen und die richtigen
487 Rahmenbedingungen zu schaffen.
488

489 Das Wohl des Kindes und die **Wahlfreiheit der Eltern** haben für die CDU-Fraktion Pri-
490 orität. Schulische Inklusion ist der richtige Weg für mehr Teilhabechancen von behin-
491 derten Kindern, sie ist aber kein Selbstzweck. Behinderte Schülerinnen und Schüler
492 müssen in ihrer Besonderheit ernst genommen werden. Deshalb halten wir die **ge-**
493 **plante Abschaffung der Feststellungsdiagnostik vor Schulbeginn für falsch und**
494 **sprechen uns für deren Beibehaltung aus, denn bei frühzeitigem Erkennen einer**
495 **Behinderung und gezielter Förderung können gerade bei lern-, emotional- oder**
496 **sprachgestörten Kindern gute Fortschritte erzielt werden.** Die geplante Regelung,
497 eine Feststellungsdiagnostik erst in der dritten Klasse zu erlauben, könnte dazu füh-
498 ren, dass zwei Jahre wertvolle Zeit und Motivation des Kindes verloren gehen, bevor
499 eine richtige Förderung, falls die Eltern dies wünschen auch an einer Förderschule,
500 einsetzt.

501 • **Integration:**

502 Die Integration von ca. 20 000 Flüchtlingskindern und Jugendlichen in die Berliner
503 Schulen in den kommenden Jahren stellt angesichts der ohnehin angespannten Raum-
504 und Personalsituation eine große Herausforderung dar, die nur in einer großen ge-
505 meinsamen Anstrengung bewältigt werden kann. Nachdem mit **Willkommensklassen**
506 erste Erfahrungen gesammelt wurden, ist es nun an der Zeit, diese **systematischer**
507 **auszurichten** und den Übergang in die Regelklassen vorhersehbarer zu gestalten.
508 Hierzu gehört aus unserer Sicht, dass für den Zeitpunkt eines Wechsels in Regelklas-
509 sen nicht wie jetzt die Verweildauer in einer Willkommensklasse ausschlaggebend ist,
510 sondern das erreichte **Sprachniveau**, wobei hierbei für den Übergang in die Sekundar-
511 stufe I mindestens von B1-Niveau ausgegangen werden muss, bei höheren Klassenstu-
512 fen oder der Berufsschule von einem noch höheren Niveau. Die Ausrichtung des Un-
513 terrichts in den Willkommensklassen auf eine Prüfung führt zu klareren Anforderun-
514 gen an die Qualifikation der Lehrkräfte, dazu, dass berlinweit Lehrmaterialien ange-
515 wendet oder erstellt werden können, dazu, dass bei einem Wechsel der Willkommens-
516 klasse besser im Lernstoff angeknüpft werden kann, und dass die Lehrer in der auf-
517 nehmenden Regelschule besser wissen, mit welchem Sprachniveau sie bei den Neu-
518 zugängen rechnen können.

519 Systematisch aufgebaut werden müssen auch die Unterstützungsstrukturen in Form
520 von täglich stattfindendem Sprachunterricht, Eingliederungshilfe und Wertevermitt-
521 lung an den Regelschulen. Für diese Aufgabe bietet es sich an, pensionierte Lehrkräfte
522 zu gewinnen. Die Wartelisten für die Berufsschulen müssen schnellstens abgebaut und
523 jede Art von Integrationsangeboten seitens der Wirtschaft, freier Träger, von Stiftun-
524 gen und über Bundesprogramme angenommen werden.

